



Globale Zivilgesellschaft
IfS Analyse

Simon Lenhart

Zivilgesellschaft in der Region Palästina
Eine Lösung des Nahostkonfliktes durch zivilgesellschaftliche
Gruppierungen?

Institut für Sozialstrategie

Laichingen – Jena – Berlin

Bleichwiese 3, 89150 Laichingen
www.institut-fuer-sozialstrategie.de
kontakt@institut-fuer-sozialstrategie.org

November 2014, Berlin

Abstract:

Zum Thema Nahostkonflikt sind nach persönlicher Einschätzung Regierungen bestrebt, dass außenpolitische Maßnahmen eine künftige Friedenlösung in Nahost herbeiführen können. Jedoch wird dies in jedem Jahrzehnt erneut bekräftigt, ohne, dass dieser Wunsch tatsächlich Realität und die Region Nahost stabilisiert wird. Häufig werden zivilgesellschaftliche Einflussmöglichkeiten zur Konfliktlösung im Ausland entweder völlig vernachlässigt oder auch überschätzt. Es soll aufgezeigt werden, dass zivilgesellschaftliche Organisationen das Potenzial besitzen, abseits von nationalen Staatsinteressen Impulse für eine Friedensvermittlung innerhalb verschiedener Nationalitäten und Religionen zu setzen.

Vernachlässigter Fokus auf zivilgesellschaftliche Friedensvermittlung

Schon seit Jahrzehnten versuchen staatliche Akteure und die Vereinten Nationen zwischen den völlig verhärteten Seiten von Palästinensern und Israelis zu vermitteln. Eine außenpolitische Lösung soll Entspannung in diesem Konflikt bewirken, auch wenn wir in den fast täglichen Auseinandersetzungen beider Seiten nur geringe Erfolge dieser Maßnahmen sehen. Ebenso darf der Eindruck nicht täuschen, dass Bewohner beider Kriegsparteien mehrheitlich die Gewalt ihrer Führungen nicht unterstützen; eine kleine radikale Führung duldet diesen Krieg bereitwillig. Tatsache ist, dass eine außenpolitische Lösung nur auf staatlicher Ebene einen institutionellen Rahmen schafft, nicht aber zivilgesellschaftliche Faktoren in allen seinen Facetten in die Konfliktlösung mit einbezieht. Somit müssen sich staatliche Interventionen sowie zivilgesellschaftliche Friedenslösungen gegenseitig befruchten. Diese Analyse setzt den Schwerpunkt auf das zivilgesellschaftliche Engagement zugunsten einer friedlichen Konfliktlösung. Somit zeige ich zuerst die Entwicklungsdynamiken von zivilgesellschaftlichen Organisationen in einem Überblick auf und möchte dann demonstrieren, dass diese Organisationen einen bedeutenden Einflussfaktor auf den Friedenprozess in dieser Krisenregion darstellen.

Die Entstehung zivilgesellschaftlicher Strukturen in Palästina

Um diese Frage zu klären, sollte der Begriff der Zivilgesellschaft nochmals betrachtet werden. Eine Zivilgesellschaft stellt ein auf Plurales, auf freiwilliger Basis gegründetes Netzwerk aus NGOs, Vereinen und sozialen Bewegungen dar, dessen Ziele eine Begrenzung der Staatsmacht, ein Eintreten für eine partizipative Demokratie und die Interessenartikulation sind. Dadurch, dass sie als Zwischenbereich zwischen Staat und privaten Akteuren steht, artikulieren zivilgesellschaftliche Organisationen Kritik an gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen und möchten als ein Podium für alternative Lösungsansätze betrachtet werden (Elizier 2009). Unabhängig von staatlichen Institutionen sollen die Interessen der Zivilgesellschaft zusammengefasst und artikuliert werden (Knobbe 2014). Zudem „gehen mit dem Begriff der Zivilgesellschaft in vielen Fällen emanzipatorische, staats skeptische und basisdemokratische Ansprüche einher“. (Hemel 2009, S. 2). Diese gesellschaftlichen Bedürfnisse erfordern einen Pluralismus von Werten, Vorstellungen und Ideen, worauf mit Absicht ein friedlich geordnetes Konfliktpotenzial entstehen sollte (Knobbe 2012).¹ Eine globale Bedeutung erhält der Begriff der Zivilgesellschaft durch die Leitideen des Instituts für Sozialstrategie (IfS): Demnach bestehe

¹ Einen guten Überblick über aktuelle Forschungen zum Begriff der „Zivilgesellschaft“ gibt die Arbeit von Sonja Knobbe „Ein Überblick über die aktuelle Forschung zur globalen Zivilgesellschaft“ (IfS Arbeitspapier, 2014)

die globale Zivilgesellschaft aus allen derzeit auf der Erde lebenden Menschen und ihren Institutionen mit Ausnahme von Staaten und des organisierten Verbrechens.²

Mit Hinblick auf diese typischen Eigenschaften der Zivilgesellschaft stellt sich die Frage, ob sich diese Strukturen in den Kulturkreisen der Palästinenser und der Israelis vorfinden lassen und wie diese sich historisch entwickelt haben. Die globale Perspektive wird nun zugunsten des Nahostkrieges reduziert, weil zum einen ein Konflikt zentral ist, dessen Auswirkungen hauptsächlich in den Regionen des Nahen- und Mittleren Ostens spürbar sind. Zum anderen ergibt sich aus der Definition des IfS die Schwierigkeit, wie sich organisiertes Verbrechen beschreiben lässt (Knobbe 2012). Der Übergang von vermeintlich „gemeinwohlorientierten“ Gesetzen zu verbrecherischen ist zwischen der israelischen und palästinensischen Regierung schnell vollzogen.

Somit gilt es zu betrachten, inwiefern sich die zivilgesellschaftlichen Strukturen in Palästina und Israel von dem politischen Kurs der jeweiligen Regierungen unterscheiden, um eine Wurzel der Friedenslösung entstehen zu lassen. Oder stehen diese den Regierungen oder politischen Akteuren nahe und unterstützen somit den abscheulichen Krieg in Palästina? Entlang welcher gesellschaftlichen Konfliktlinien agieren beide Zivilgesellschaften? Inwiefern tragen Kooperationen zwischen palästinensischen und israelischen Organisationen zu einer Friedenslösung bei?

Vor Beginn der Staatsgründung Israels 1948, während der britischen Besatzungszeit von 1920 bis 1947, bildeten sich bei der Besiedlung Palästinas zivilgesellschaftliche Strukturen, um die Interessen gegenüber der britischen Mandatsregierung vor allem in Fragen der Flüchtlingspolitik durchzusetzen. Parallel wurden in allen dort ansässigen Religionsgemeinschaften Organisationen vorwiegend im sozial-humanitären Bereich gegründet. Besonders nach der Staatsgründung Israels waren nichtstaatliche Akteure an politische Parteien und deren Programmatiken verknüpft und verstanden sich kaum als kritische Instanz für alternative Gesellschaftsdiskurse (Timm 2010).

Dagegen setzten palästinensische Organisationen ihren Fokus bereits während der britischen Mandatszeit auf die zukünftige Auseinandersetzung ihres Schicksals mit den stetig einwandernden Juden aus aller Welt. Forderungen nach staatlicher Autonomie, Sicherstellung der Rechte der Arbeiter³ und der frühen Emanzipation von Frauen ließen nicht lange auf sich warten. Humanitäre Hilfsleistungen an die bedürftige palästinensische Bevölkerung und die Abwehr der jüdischen Flüchtlingsströme bestimmten von Beginn der 1920er-Jahre an bis zur Staatsgründung Israels die politische Agenda der Palästinenser (Abbu Dayyeh 2002).

Eine israelische Zivilgesellschaft als alternatives Gegengewicht zur Regierungspolitik bildete sich erst nach dem Sechstagekrieg 1967 und nach dem Jom-Kippur-Krieg 1973 heran. Eine neue politische Kultur entstand durch Protestbewegungen wie die der Organisation der orientalischen Juden (*Black panthers*), der Siedlerbewegung *Gush Emunim*, die beide freilich nicht zur Friedenslösung beitragen, und der bekannten Friedensorganisation *peace now*.

Im Gegensatz dazu ertrugen die noch bestehenden palästinensischen Organisationen bis zum Sechstagekrieg 1967 eine Phase der Resignation und Aussichtslosigkeit, da sie der Verlust ihrer Heimat durch die Ablehnung des UN-Teilungsplanes 1947 und durch Veränderung der traditionellen Sozialstruktur fortan prägte. Sie widmeten sich im Kern der Unterstützung von Flüchtlingen.

Zudem lässt sich die zeitliche Etappe bis 1982 als ein Erstarken ziviler Organisationen bezeichnen, bei der insbesondere die Position der PLO als palästinensischer Repräsentant für die Durchführung des Widerstands gegen die Besatzungsmacht Israel genutzt wurde. Weitere Organisationen wie Berufsverbände, Studentenvereinigungen sowie Freiwilligenverbände blieben mit ihrer Aktivität überwiegend ohne bedeutende Einflussnahme auf die

² Vgl. <http://institut-fuer-sozialstrategie.de/forschungsschwerpunkt/globale-zivilgesellschaft>

³ Palästinensische Arbeitskräfte arbeiteten für ihren Lebensunterhalt meist bei jüdischen Großgrundbesitzern.

besetzten Gebiete im Gazastreifen und Westjordanland beschränkt und fokussierten sich lediglich auf das Exil. Das Motiv hierbei war, dass Entwicklungsbemühungen ohnehin stets durch israelische Besatzungsstrategien und militärische Interventionen aufgehoben werden (Abbu Dayyeh 2002).

Dagegen förderte auf israelischer Seite der Libanonkrieg 1982 die Etablierung zivilgesellschaftlicher Gruppen, die sich bewusst von Staatsinteressen und politischen Akteuren abheben wollten. Schließlich kann vermutet werden, dass diese neuartige Entwicklungstendenz der Zivilgesellschaft vom Staat Israel nicht positiv aufgenommen wurde. Denn israelische Behörden bemühten sich, die politische Einflussnahme durch die Zivilgesellschaft dadurch einzuschränken, dass neugegründete Organisationen keine formale Anerkennung durch den israelischen Staat erfuhren. Der Staat wollte seine Machtposition gegenüber der Zivilgesellschaft durchsetzen und seine Macht wieder legitimieren (Timm 2002).

Auf palästinensischer Seite war die Zeit nach dem Libanonkrieg 1982 davon gekennzeichnet, dass sich die meisten noch gegenwärtig existierenden zivilen Organisationen bildeten und dass sich fortan der Kern der zivilen Arbeit auf die besetzten Palästinensergebiete konzentrierte. Nun entwickelten sich starke zivilgesellschaftliche Strukturen, die durch staatsähnliche Gefüge eine Verantwortung für staatliche Aufgaben der Gesundheit, Bildung, Landwirtschaft und Kultur trugen. Obwohl viele Organisationen der PLO-Gruppen nahestehen, entwickelten sie durch alternative Handlungsstrategien demokratische Partizipationsformen und erlangten ein höheres Ansehen und Professionalität durch das Fernhalten von politischem Einfluss in ihren zivilen Aufgabenfeldern (Abbu Dayyeh 2002).

In den 1990er-Jahren erfuhr die israelische Gesellschaft einen gewaltigen Transformationsprozess, der zu einem wichtigen Einflussfaktor bei der Herausbildung einer Zivilgesellschaft wurde. Die israelische Gesellschaft erfuhr diese Dynamiken durch allgemeine Globalisierungstrends, Masseneinwanderung aus den ehemaligen Sowjetstaaten, eine demografische Veränderung, Veränderungen im politischen System sowie eine Zunahme an Medialisierungstrends. Ein Wertewandel, der alle gesellschaftlichen Gruppen erfasste, ließ eine Entlastung gesellschaftlicher Widersprüche und eine Umgestaltung der politischen Kultur zu: Die damalige immense Machtposition des israelischen Staates und die großen Parteien dominierten fortan weniger. Dies wurde durch den Übergang zum neoliberalen Wirtschaftssystem verstärkt, das den Abbau von wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen initiierte, sodass sich der Staat zunehmend aus seiner sozialen Verantwortung für seine Bürger zog. Gleichzeitig erlangte die politische Kultur durch Repräsentation von individuellen und kollektiven Interessen eine neue Position, da diese den damals vorherrschenden Trend einer jüdisch-nationalen Übereinstimmung zu durchbrechen versuchten. In diesem Zusammenwirken internationaler und regionaler Einflussgruppen veränderte sich der Ausdruck der israelischen Zivilgesellschaft dahingehend, dass sich die Anzahl zivilgesellschaftlicher Gruppierungen im Jahr 1982 von 3.000 auf 30.000 im Jahr 2000 enorm erhöhte. Die Pluralisierung von gemeinnützigen Gruppen ermöglichte auch durch neue Betätigungsfelder, Strategien und Ideen ein weitaus höheres Maß an demokratischer Partizipation und politischer Einflussnahme. Dass diese Entwicklung mit einer größeren innergesellschaftlichen Akzeptanz und Toleranz einherging, ist mehr als offensichtlich (Timm 2010).

Während sich die israelische Gesellschaft in einem umfassenden Transformationsprozess befand, konzentrierten sich palästinensische Organisationen auf die Sicherstellung einer standhaften Bevölkerung während der ersten Intifada von 1987 bis 1993. Zudem war man bemüht, die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit auf die palästinensischen Interessen zu lenken, sodass als Folge viele Forschungs-, Umwelt- und Medieneinrichtungen sowie wirtschaftliche Institutionen gegründet wurden. Ein zentrales Motiv war die Aussicht einer baldigen palästinensischen Unabhängigkeit. Die Wende in der zivilen Organisationsarbeit kam nach den Osloer Verträgen 1993 und 1995, da sich bereits parastaatliche Strukturen der Zivilgesellschaft zu einem Wettbewerber der PNA entwickelten. Folglich setzte die PNA ihre Befugnisse zur Beschränkung und Kontrolle vor allem bei Menschenrechts-, Frauen-, und Demokratieorganisationen ein. Einige Organisationen

wurden dennoch toleriert, weil die PNA zur Ausführung der betroffenen Aufgaben nicht fähig gewesen schien. Trotzdem konnten zivilgesellschaftliche Gruppen ihre Machtstellung zugunsten einer Demokratisierung und innerer Reformen nutzen (Abbu Dayyeh 2002).

Charakteristika der israelischen Zivilgesellschaft: Zivilgemeinschaft vs. Militär?

Was sind die typischen Charakteristika der israelischen Zivilgesellschaft? Das vielfältige Spektrum von zivilen Organisationen in Israel ist ein Abbild der gesellschaftlichen Veränderungsprozesse und lässt sich versinnbildlicht als ein „Mosaik unterschiedlicher Interessen und Identitäten und damit die ethnischen, religiös-kulturellen, weltanschaulich-politischen und sozio-ökonomischen Bruchlinien des Landes“ (Timm 2010) charakterisieren. Die vielfältigen Formen der Interessenartikulation lassen sich entlang folgender Konfliktfelder einordnen: Der innerreligiöse Konflikt zwischen säkularen und religiösen Juden, soziale Ungleichheiten, Kultur- und Bildungspolitik, Umweltschutz, die Stärkung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sowie das grundlegende israelisch-palästinensische Verhältnis. Des Weiteren entwickelte die israelische Zivilgesellschaft mehr Selbstbewusstsein in ihrer öffentlichen Erscheinung und prägt innenpolitische Konflikte. Besonders möchte ich die Bemühungen der Organisationen herausstellen, die versuchen Brücken zwischen Religionen und Kulturen zu bauen und einen religiösen Dialog einfordern. Ebenso suchen Organisationen wie *four mothers* und *berived parents* einen Dialog zwischen Israelis und Palästinensern in den besetzten Gebieten. Nicht zu vergessen sind die wichtigen Proteste der bekannten Bewegungen wie *Gush Schalom*, *peace now* und *new profile*, die ihre ernsthaften Friedensschritte durch starke öffentliche Auftritte demonstrieren. Zahlreiche Menschenrechtsorganisationen wie *ACRI*, *Be-Zelem* und *rabbies for human rights* verteidigen Menschen- und Bürgerrechte in Israel und in den besetzten Palästinensergebieten (Timm 2010). Dennoch bildeten sich durch die grundlegende Frage des Verhältnisses zwischen Staat und Religion zivilgesellschaftliche Gruppierungen, die die jüdische Identität und Kultur in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen und meist eine gute Verbindung zu religiösen Parteien vor allem auf kommunaler Ebene pflegen. Ein (ultra-)orthodoxer Lebensstil als Form eines Konservatismus von religiöser Tradition und kultureller Wahrung sind die Folgen. Gegner der religiös-orthodoxen Gruppierungen sind säkular-orthodoxe Gruppen, die durch eine Trennung von Staat und Religion Israel zu einem aufgeklärten, modernen, pluralistischen und humanistischen Staat erneuern wollen, wohl aber unter Berücksichtigung einer Stärkung der jüdischen Identität (Timm 2002).

Daher möchte ich einen Versuch wagen, die israelische Zivilgesellschaft entlang zweier Identitäts- und Konfliktlinien einzuordnen: Auf der einen Seite stehen Kämpfer für die Verteidigung von Menschen- und Bürgerrechten, einer religiösen Pluralisierung und einer Vielfalt universeller Wert- und Weltvorstellungen. Auf der anderen Seite befinden sich religiöse und politische Fundamentalisten, die statt Kooperation und kreativer Problemlösung die Wahl der Isolation vorziehen und militärische Einsätze zur Lösung des Nahostkonfliktes fordern. Ob die Zivilgesellschaft von militanten Gruppen verdrängt wird, steht für die Zukunft offen, wird aber keineswegs Weichen für eine friedliche Lösung des Nahostkonfliktes stellen, sondern nur Chancen für eine Radikalisierung auf beiden Seiten⁴ (Elizier 2009).

Eigenschaften der palästinensischen Zivilgesellschaft: Befürworter und Gegner eines Friedensprozesses

Welche Zielsetzungen haben palästinensische Nichtregierungsorganisationen? Oder arbeiten diese nur als „verlängerter Arm“ der PNA? Einerseits existieren politische Parteien, die über einen festen Mitgliederstamm verfügen, und größtenteils modifizierte Kampf-

⁴ Eine Militarisierung der Gesellschaft zeigte sich vor allem in der Al-Aksa-Intifada (2000-2005), da die Zivilgesellschaft an Schwäche litt und somit Militärs stärkere Einflussmöglichkeiten auf die israelische Außenpolitik bekamen (Vgl. auch Timm, 2002).

organisationen aus PLO-Zeiten. Diese weisen aber meist erhebliche Demokratiedefizite auf, sodass diese Parteien nicht mit „westlichen“ Standards zu vergleichen sind. Andererseits bestehen viele NGOs ohne direkte Verfolgung politischer Ziele, da sie die Entwicklung der palästinensischen Bevölkerung fördern. Die Mitgliedschaft erfolgt auf Grundlage freiwilliger Unterstützung von Menschen mit besonderen Fachkenntnissen. Ungefähr 800 Zivilorganisationen sind in allen Lebensbereichen in den Palästinensergebieten tätig. Zu diesen zählen humanitäre Vereinigungen, professionelle Entwicklungshilfeorganisationen, Massenorganisationen wie Gewerkschaften, Freiwilligenverbände und Flüchtlingskomitees, Institutionen für Forschung und Bildung sowie Institutionen zum Schutz von Minderheiten (Abu Dayyeh 2002). Eine Zivilgesellschaft ist somit in allen gesellschaftlich notwendigen Tätigkeitsbereichen vorhanden. Wahren aber jene zivilgesellschaftlichen Strukturen eine kritische Nähe zur PNA? Ist ein Friedenprozess auf ziviler Basis in Palästina möglich?

Grundsätzlich spalten sich zivilgesellschaftliche Organisationen in Befürworter und Gegner eines Nahost-Friedensprozesses: Zu den Gegnern zählen aufgrund ihres religiös-ideologischen Bekenntnisses die Hamas, die Al-Jihad Al-Islami und weitere Abspaltungen der islamischen Bewegung, welche ein islamisches Palästina ohne Existenz Israels errichten wollen. Für dieses Ziel werden bereits früh die Anhänger der radikalen Bewegungen zu einem bewaffneten Widerstand erzogen, die nur die Gültigkeit der Scharia akzeptieren. Dennoch werden diesen nationalistischen Bewegungen durchaus eine Änderung ihrer Leitideen zugesprochen, wenn Israel die besetzten Gebiete freigeben und die Blockade des Gazastreifens aufheben würde. Der nationalistische Eifer palästinensischer Kämpfer würde dann merklich zurückgehen (Abbu Dayyeh).

Die Befürworter eines Friedensprozesses sind meist im Ausland beheimatet und säkular-nationalistisch oder sozialistisch orientiert. Dennoch akzeptieren sie eine Zweistaatenlösung nur unter harten Bedingungen⁵ und keine weitere Einschränkung ihrer Autonomie. Wenn eine generelle Einigung zwischen Israel und den arabischen Staaten nicht möglich ist, fordern sie auch den bewaffneten Widerstand zur Durchsetzung ihrer Interessen. Die Nichtregierungsorganisationen, die vor Ort in den palästinensischen Gebieten arbeiten und sich der Gesetzlichkeit der PNA unterordnen, leisten einen wichtigen Vermittlungsbeitrag zwischen den Positionen der Fatah-Bewegung und der PNA. Zudem arbeiten diese Gruppen „volksnah“ an der Bevölkerung und haben dadurch eine Chance zur Beeinflussung der Volksmeinung. Diejenigen Nichtregierungsorganisationen, die dem Osloer Flügel (Fatah, Volkspartei und Fida) angehören, können mit ihren Forderungen nach Rechtsstaatlichkeit, Demokratisierung, Transparenz und Menschenrechten in der Bevölkerung als Konkurrenz zu den islamischen Bewegungen auftreten und vertreten eine Nahost-Friedenslösung mit der Koexistenz von zwei Staaten⁶ (Abbu Dayyeh 2002).

Ein Ausweg aus der langjährigen Gewaltspirale? Ideen und ihre Anwendungen sind möglich

Was bewirkt nun die Gegenüberstellung beider Zivilgesellschaften hinsichtlich der Frage nach bereits bestehenden Nichtregierungsorganisationen? Lassen sich überhaupt die extremen politisch-religiösen Ansichten von orthodox-nationalistischen Israelis mit denen von aggressiven und nationalistischen Anschauungen der islamischen Bewegung in Palästina vereinen? Ist die Zivilgesellschaft in beiden Konfliktländern in der Lage auch staatenübergreifend Friedenslösungen zu ermöglichen?

In Israel und Palästina lässt sich die Vielfalt der zivilgesellschaftlichen Organisationen als recht hoch betrachten, auch wenn die bloße Anzahl der offiziellen NGO miteinander schwer zu vergleichen sind und selbst kein guter Indikator für eine qualitative Zivilarbeit in der Bevölkerung ist. Dennoch agieren zivilgesellschaftliche Organisationen in beiden Staaten in allen notwendigen Lebensbereichen in der Bevölkerung - wenn auch freilich mit verschiedenen Absichten sowie einem jeweils unterschiedlich stark distanzierten Ver-

⁵ Rückzug Israels auf die Grenzen vor 1967.

⁶ Mindestforderung ist ein Palästina auf 22% der ursprünglichen Heimatlandes (Westbank und Gaza).

hältnis zur Staatsmacht und dem politischen Establishment. Zudem agieren beide Zivilgesellschaften entlang verschiedener Konfliktstrukturen - gleichwohl sich in beiden Staaten die Gewaltspirale besonders seit der Ersten und Zweiten Intifada drastisch erhöhte und die Radikalisierung beider Konfliktparteien gerade auf zivilgesellschaftlicher Basis erfolgte⁷.

Das Schlüsselwort ist die *zivile Konfliktbearbeitung*. Was bedeutet dieser Ansatz? Die gemäßigten Organisationen aus allen Lebensbereichen, die durchaus einen Beitrag zum Friedensprozess leisten können, verfügen als nicht-staatliche Akteure über eine Handlungsmacht und werden früh als notwendige Impulsgeber für gesellschaftlichen Wandel wahrgenommen. Das wichtigste Leitziel ist die Tatsache, dass die zivile Konfliktbearbeitung *keine* Gewalt zur Lösung des Nahostkonfliktes anwendet - wozu bereits auf israelischer und palästinensischer Seite eine nennenswerte Anzahl existiert. Die jeweiligen Bevölkerungen *müssen* mit dieser langfristigen Konzeption verstehen, dass zivile Konflikte *niemals* mit Formen von materieller⁸ und ideeller⁹ Gewaltanwendung lösbar sind (Kratt 2010).

Einziges Ziel kann nur der Aufbau von Dialog- und Kommunikationsstrukturen sein, mag gegen diese ideale Vorstellung und deren noch schwierigere Umsetzung in der Realität auch Unbehagen geäußert werden. Schließlich ist es nachzuvollziehen, dass sich Gegner dieses Dialogansatzes durch die lang anhaltende Gewalt bestätigt sehen. Jedoch zerstört gerade dieser Zweifel die Glaubwürdigkeit eines tragfähigen und nachhaltigen Dialogprojektes und lässt die Anzahl der generellen Kritiker auf Seiten von Militärs, Islamisten, (Ultra-)Konservativen und (Ultra-)Religiösen auf beiden Seiten wachsen.

Besteht aber eine andere tragfähige Alternative als die Form des Dialogs und des Interagierens?

Es ist offensichtlich, dass die unzähligen Krisen im Nahen Osten die Wirksamkeit von friedenspolitischen Maßnahmen enorm einschränken und die beteiligten Helfer resignieren lassen. Den Helfern steht ein mächtiger Politapparat auf allen Seiten gegenüber, der alle möglichen Chancen einer Friedenspolitik zunichtemacht und energisch gegen die friedlichen Bemühungen der Nichtregierungsorganisationen agiert (Kratt 2010). Keine bisherige Nahost-Konferenz brachte den Menschen in den betroffenen Gebieten einen längeren Frieden als nur kurzweilige Waffenstillstände.

Gleichzeitig zwingt die wirtschaftlich katastrophale Situation in den Palästinensergebieten viele Menschen zu einer Radikalisierung ihrer politischen Ansichten und zu einem einzigen Ausweg aus ihrem unvorstellbar schrecklichen Dasein mithilfe von Gewalt. Gerade Kinder und Jugendliche werden auf beiden Seiten in ihrem jungem Alter mit in diesen abscheulichen Krieg hineingezogen, lernen nur Tod, Verderben, Krieg und Hass auf die jeweils feindliche Seite kennen. So ist unvermeidbar, dass eine weitere Generation entsteht, die sich durch Kriegswirren radikalisiert und den Verlust ihrer Ahnen rächen will. Ist das noch verwunderlich? Folglich muss die wirtschaftliche Gesamtsituation stabiler werden, damit die palästinensische Bevölkerung ihren eigenen Lebensunterhalt verdienen und ihre nötigen Grundbedürfnisse erfüllen kann. Wenn dieser Schritt erfüllt werden würde, würde die Gefahr durch extremistische Islamisten deutlich abnehmen. Warum sollten sich vor allem junge Menschen für die islamische Bewegung engagieren, wenn sie ihren Lebensunterhalt auch in ihrem Beruf verdienen können?

Dialoge und Kooperationen zwischen Israelis und Palästinensern sind möglich, wenn die unterschiedlichen Bedürfnisse, Erwartungen und kulturellen Gegebenheiten respektiert werden. Es sind auf beiden Seiten einige wichtige Hoffnungsträger vorhanden, deren Einfluss auf die Zivilbevölkerung aber wegen eines starken und zu Gewalt aufrufenden Militärapparats und radikaler Gruppierungen gering ist. So paradox und grotesk sich das

⁷ Der Beitrag von Abu Dayyeh zeigt insbesondere den grausamen Lebensalltag der Palästinenser in den von Israel besetzten Gebieten.

⁸ Durch Waffenanwendung und Menschenrechtsverletzungen.

⁹ Strukturelle Diskriminierung und Misshandlung von kulturell, ethnisch und religiös verschiedenen Bevölkerungsgruppen.

anhört, aber für eine menschliche Annäherung bedarf es nur simpler Mittel. Zivilgesellschaftliche Gruppen, die die Menschen beider feindlichen Kriegsparteien auf lokaler Ebene zusammenbringen, etwa durch gemeinsames Musizieren, Schreiben, Theaterspielen oder Arbeiten, leisten einen entscheidenden Beitrag für eine Veränderung der Bevölkerung zur Haltung im Nahostkonflikt. Es sind die einfachen Dinge, die für uns in einem stabilen Staat normal sind, die aber in Kriegsländern auch Formen für einen sozialen Wandel bilden können.

Auch in Deutschland haben wir den Auftrag, weiteres Blutvergießen zu verhindern, auch wenn paradoxerweise deutsche Waffentechnologien nach Israel geliefert werden. *Begegnungszentren, Jugendhilfswerke und einfach Orte zu einem Austausch* zwischen in Deutschland lebenden israelischen und palästinensischen Schülern und Studenten können auch hierzulande mithilfe der deutschen Zivilgesellschaft gegründet werden. Diese übernehmen dann die Rolle eines diplomatischen Vermittlers und Mentors. Denn auch Deutschland und Frankreich konnten dem gemeinsamen „Völkerhass“ bis einschließlich nach dem Zweiten Weltkrieg ein Ende setzen durch Völkerverständigung mithilfe von Städtepartnerschaften, Kulturaustausch und Austauschpartnerschaften zwischen Schülern und Studenten, auch wenn dies bei der Etablierung unvorstellbar schien. So lassen sich die Ideen der Völkerverständigung auch auf den Nahostkonflikt übertragen, da die historisch-kulturellen Wurzeln mindestens genauso alt sind wie im Fall Deutschland-Frankreich und weil die Komplexität und Dauer beider Konflikte ebenso unüberschaubar ist.

In Deutschland können gerade die Betroffenen des Nahostkonfliktes, die in Deutschland im Exil leben müssen, zwischen zwei großen Kulturräumen agieren und ihren Landsleuten in ihrer Heimat davon schildern, dass ein friedlicher Dialog zwischen einfachen Menschen ohne Gewalt und Hass stattfinden *kann*. Den scheinbaren kulturell-religiösen Widersprüchen zwischen Israelis und Palästinensern gehen viele Gemeinsamkeiten voraus: Familien haben auf beiden Seite die Kriegsgrauen erlebt, kennen die kulturell-historische Verwurzelung des Nahostkonfliktes bestens und werden jeweils auf eine andere Weise mit in den Krieg eingezogen. Auf der einen Seite sind die Palästinenser im Gazastreifen und Westjordanland durch israelisches Militär völlig blockiert, leben in einer total zerstörten Trümmerlandschaft, die einst als Infrastruktur bezeichnet wurde, sind geplagt von unmenschlichem Leid durch kriegerische Angriffe, was für uns völlig unvorstellbar ist, und müssen täglich in ihrer Hoffnungslosigkeit, Verzweiflung und Perspektivlosigkeit auskommen. Obwohl – auf der anderen Seite - die israelische Bevölkerung alle notwendigen Güter zum Überleben besitzt und im Wohlstand lebt, steht sie aber ständig in Gefahr und lebt täglich mit der Angst, von Hamas-Aktivisten oder extremistischen Milizen getötet zu werden. Unzählige Familien haben auf beiden Seiten ihre Familienangehörigen verloren. Was steht da näher, als diese Familien mithilfe von zivil kooperierenden Friedens- und Menschenrechtsorganisationen in Kontakt zu bringen? Radikale Argumente werden diesen furchtbaren Krieg nicht beenden können. *Beide Völker*, die Israelis und Palästinenser, erheben den Anspruch auf diese Konfliktregion. Beide Völker nennen diese Region als ihre Heimat. Folglich kann die eine Seite nicht ganz Israel bzw. Palästina für sich allein beanspruchen und die andere Seite irgendwohin ausweisen; diese Sicht hätten sicherlich viele Radikale aller Couleur als ihre Realität.

Abschließend möchte ich festhalten, dass ich meinen Beitrag als kurze Betrachtung und Impulsgeber zivilgesellschaftlicher Organisationen in Palästina und Israel verstehe, bei dem ich versuche, den Nahostkonflikt nicht wie häufig angenommen durch außenpolitische Initiativen durch Staaten zu lösen, sondern auf der Basis von zivilen Organisationen. Es zeigt sich häufig, gerade auch in der medialen Präsenz, dass Regierungen Initiativen und außenpolitische Reformkurse einleiten sollen, um alle Konfliktparteien an einen Verhandlungstisch zu bekommen. Die gesellschaftlichen Akteure in diesem jahrzehntelangen Konflikt sollen von oben herab zum Wandel gezwungen werden. Doch meines Erachtens fehlt ein Impuls für die Sichtweise, dass zivilgesellschaftliche Reformkurse den sozialen und politischen Wandel stark beeinflussen können, da die Leitideen und Initiativen nicht von einer Staatsmacht bestimmt werden, sondern von den Menschen selbst. Dieser An-

satz wird aber in der deutschen Öffentlichkeit selten gefordert und scheint mir stark vernachlässigt. Hierbei soll aber das zivilgesellschaftliche Potenzial neben außenpolitischen Reformkursen und Konfliktlösungen stehen; beide Lösungsansätze bedingen sich auch gegenseitig. Die Frage für die Zukunft bleibt offen, welche Möglichkeiten auf außenpolitischer Ebene und in der gesamten Region Palästina realistisch und wie reformbereit die arabischen Nachbarstaaten Israels sind.

LITERATUR:

Abu Dayyeh, Suleiman: „Das besetzte Palästina zwischen Macht und Gerechtigkeit. Der Beitrag der Zivilgesellschaft zur Lösung des Nahostkonfliktes.“ In APUZ, Bundeszentrale für politische Bildung. Stand: 27.08.2002. <http://www.bpb.de/apuz/26753/das-besetzte-palaestina-zwischenmacht-und-gerechtigkeit>

Elizier, Uri Ben: „Armee mit Staat“. In The European. Stand: 20.11.2009. <http://www.theeuropean.de/uri-ben-eliezer/1582-zivilgesellschaft-und-militaer-in-israel>

Hemel, Ulrich: IfS-Eröffnungsrede: Die globalisierte Zivilgesellschaft gestalten. Was ist das Institut für Sozialstrategie und was soll es bewirken?, Laichingen/Jena 2009

,

3Johannsen, Margret: „Nahost“. In Dossier „Innerstaatliche Konflikte“ der Bundeszentrale für politische Bildung. Stand: 19.02.2014. <http://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/54655/nahost>

Knobbe, Sonja: „Ein Überblick über die aktuelle Forschung zur globalen Zivilgesellschaft“, IfS Arbeitspapier, erste überarbeitete Fassung März 2014, Berlin, 2012

Kratt, Heike: „Zivile Konfliktbearbeitung in Israel und Palästina“. In APUZ 09/2010, Bundeszentrale für politische Bildung. Stand: 19.02.2010. <http://www.bpb.de/apuz/32941/zivile-konfliktbearbeitung-in-israel-und-palaestina>

Timm, Angelika: „Die Zivilgesellschaft in der Bewährung“. In Wissenschaft und Frieden Stand: April 2002. <http://www.wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikelID=0204>

Timm, Angelika: *Zivilgesellschaft als Lackmustest israelischer Demokratie*, in: Der Nahostkonflikt. Befindlichkeiten der deutschen Linken, hrsg. v. Marcus Havel, Moritz Blanke, Berlin 2010, S. 153-162

Alle Rechte vorbehalten.

Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten des Instituts für Sozialstrategie ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

Publikationen des IfS unterliegen einem Begutachtungsverfahren durch Fachkolleginnen und -kollegen und durch die Institutsleitung. Sie geben ausschließlich die persönliche Auffassung der Autorinnen und Autoren wieder.